

Die Bündner Regierung handelt gegen kantonale Interessen

Die neuen EU-Abkommen sind keine gewöhnlichen bilateralen Verträge. Zwei renommierte Staatsrechtsprofessoren, Paul Richli und Andreas Glaser, sind sich einig, dass die Abkommen tief in die Bundesverfassung und in kantonale Kompetenzen eingreifen. Wenn die Schweiz künftig EU-Recht nicht übernimmt, riskiert sie Strafmassnahmen aus Brüssel. Das schränkt Parlament und Stimmvolk in ihrer Entscheidungsfreiheit massiv ein. Beide Professoren kommen zum gleichen Schluss, dass diese Abkommen dem Ständemehr zu unterstellen sind.

Für Graubünden steht besonders viel auf dem Spiel. Staatliche Beihilfen von Kantonen und Gemeinden, heute ein zentrales Instrument der Wirtschaftspolitik, würden unter EU-Aufsicht gestellt. Wasserkraftkonzessionen könnten durch neue Beihilferegeln tangiert werden. Kantonale Entscheide würden zunehmend durch Bundesbehörden oder den Europäischen Gerichtshof übersteuert.

Genau dafür gibt es das Ständemehr. Es soll verhindern, dass kleine, bevölkerungsschwache Kantone in so wichtigen Fragen von urbanen Mehrheiten übersteuert werden. Graubünden braucht diesen Schutz mehr als die meisten anderen Kantone. Trotzdem hat sich die Bündner Regierung dagegen ausgesprochen, die EU-Verträge bei einer Abstimmung dem Ständemehr zu unterstellen. Das widerspricht den kantonalen Interessen und ist schlicht nicht nachvollziehbar.

Es braucht in der Bündner Regierung jemanden, der diese Zusammenhänge kennt und den Mut hat, sie zu vertreten. Valérie Favre Accola ist die einzige Regierungsratskandidatin, die klar für das Ständemehr eintritt und die EU-Abkommen kritisch hinterfragt. Deshalb empfehle ich, Valérie Favre Accola am 14. Juni in die Bündner Regierung zu wählen.

Simon Walser, Trimmis